

5. Klimaschutz: Bildung für Nachhaltige Entwicklung: Bestandsaufnahme - Perspektiven

Postulat Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Edith Häusler (Grüne, Kilchberg)
vom 20. August 2018

KR-Nr. 229/2018, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsident Roman Schmid: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Rochus Burtscher, Dietikon, hat an der Sitzung vom 3. Dezember 2018 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt. Der Rat hat über die Überweisung zu entscheiden.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Die aktuellen ökologischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen machen einen umfassenden gesellschaftlichen Wandel dringender denn je. Nachhaltige Gesellschaften befriedigen ihre Bedürfnisse der Gegenwart immer nur gerade soweit, als dass auch künftige Generationen ihre Bedürfnisse noch befriedigen können. Von diesem Zustand sind wir ganze 33 Jahre, nachdem die Weltkommission Umwelt und Entwicklung, die Brundtland-Kommission (*nach Gro Harlem Brundtland, ehemalige norwegische Ministerpräsidentin*), dieses Nachhaltigkeitsverständnis formuliert hat, noch immer meilenweit entfernt. Der «Swiss Overshoot Day» fiel dieses Jahr auf den 8. Mai. Die Ressourcen, die uns für 2020 zustehen, sind seit diesem Tag also aufgebraucht. Der WWF (*World Wide Fund for Nature*) formulierte es am 8. Mai so: Wir leben, als ob es kein Morgen gäbe. Zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung spielt Bildung eine Schlüsselrolle, im Besonderen die Bildung für Nachhaltige Entwicklung (*BNE*). Dieser handlungsorientierte Bildungsansatz soll uns sowohl individuell als auch kollektiv zu einem zukunftsverantwortlichen Denken und Handeln in allen Lebensbereichen befähigen. Oder etwas bescheidener formuliert: Bildung für Nachhaltige Entwicklung soll dazu einen Beitrag leisten. Bildung für Nachhaltige Entwicklung ist ein öffentlicher Auftrag. In welchem Ausmass sie in unserem Zürcher Bildungswesen Eingang gefunden hat, wo und wie sie noch besser verankert werden könnte, aber auch, wie sie allenfalls weiterentwickelt werden kann, darüber wissen wir leider herzlich wenig.

Der von uns geforderte Bericht soll genau diese Informationslücke schliessen. Im Postulat haben wir dafür verschiedene Themenfelder aufgeführt, auf die der Bericht näher eingehen soll. Er soll zudem die Frage beantworten, ob beziehungsweise wie eine kantonale Strategie für Bildung für Nachhaltige Entwicklung und deren Integration in die Legislaturplanung des Regierungsrates deren Umsetzung im Kanton Zürich befördern könnte. Der Kanton Zürich wäre in der Schweiz ein Pionier, wenn er eine solche kantonale Strategie für Bildung für Nachhaltige Entwicklung formulieren würde. In Deutschland jedoch haben verschiedene Bundesländer bereits vor Jahren sogenannte Landesstrategien für die Bildung für Nachhaltige Entwicklung beschlossen.

Wir Grünen danken der Bildungsdirektion für die Bereitschaft zur Entgegennahme unseres Postulates und Ihnen allen für die Unterstützung. Sie ermöglichen damit eine systematische Auseinandersetzung mit der Bildung für Nachhaltige Entwicklung in unserem Kanton. Sie schaffen damit eine wichtige Grundlage für eine noch bessere Verankerung derselben im Zürcher Bildungswesen. Und sie ermöglichen damit auch deren gezielte Weiterentwicklung: Mehr Klimaschutz dank Bildung für Nachhaltige Entwicklung.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Grundsätzlich ist es zu begrüßen, wenn Lerninhalte interdisziplinär angegangen werden. Es ist auch empfehlenswert, gewisse Punkte anzustossen, damit darüber diskutiert wird. Nachhaltige Entwicklung wird unter anderem an den Gymnasien und Berufsschulen bereits geschult, etwa über den Inhalt der Lerninhalte. Die jungen Menschen ab Sekundarstufe II sind bereits viel interessierter und sensibilisierter auf Nachhaltigkeit als wir älteren Generationen. Je mehr Wissen über das Wissen vorhanden ist, desto besser für eine Weiterentwicklung. Jedoch statt dafür die kantonale Bildungsdirektion zu beauftragen, wäre es gescheiter, dieses Thema auf nationaler Ebene anzugehen. Ja, die Grünen haben in den Nationalratswahlen stark zugelegt. Nun sollen sie sich in der WBK (*Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur*) – das ist die nationale KBIK (*Kommission für Bildung und Kultur*) – einbringen und nicht auf kantonaler Ebene.

Wie die Postulantinnen bereits korrekt erwähnt haben, sind die geforderten Themen im Lehrplan 21 enthalten. Ich zitiere: «Im Lehrplan 21 sind BNE-relevante Kompetenzen» – «BNE» heisst nichts anderes als «Bildung für Nachhaltige Entwicklung» – «bereits integriert.» Die SVP und mittlerweile auch Journalisten von mindestens zwei namhaften Tageszeitungen – ohne sie zu nennen, aber es sind die zwei grossen – stellten fest, dass der Lehrplan 21 doch nicht das Gelbe vom Ei sei. Dennoch, das Volk hatte sich gegen die unterschiedlichen Lehrplan-21-Initiativen entschieden und nun muss er zuerst einmal eingeführt werden und es müssen die ersten Erfahrungen auf breiter Basis gemacht werden. Wir sind weder Fans noch Befürworter des Lehrplans 21, doch wir halten an der Methodenfreiheit der Lehrpersonen fest, und sie dürfen entscheiden, welches Thema eingebracht wird. Es darf definitiv keine Verpolitisierung beziehungsweise Bevormundung des Lehrstoffes geben.

Die Grünen bemühen hier sogar die EDU-21 (*Education 21*) im Hinblick auf ihre eigenen ideologisierten Interessen. Wir haben es durchschaut. Wir erachten diesen Vorstoss als Ideologisierungsvorstoss. Es steht den Grünen jedoch frei, eine eigene Vortragsreihe zu kreieren, klar, auch selber zu bezahlen und damit selbst auf die Piste zu gehen. Wir lehnen dieses Postulat ab und bitten Sie, dasselbe zu tun.

Monika Wicki (SP, Zürich): Was braucht es, damit wir und unsere Nachkommen auch in 50 Jahren noch gut auf dieser Welt leben können? Wir brauchen ein zukunftsgerichtetes und verantwortliches Denken, ein eigenständiges, soziales, ökologisches, politisches und wirtschaftliches Urteilsvermögen und die Fähigkeit, am

politischen, demokratischen Geschehen teilnehmen zu können. Dies sind Ziele der Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung. Das Generalsekretariat der Erziehungsdirektorinnen und Erziehungsdirektoren erstellte 2007 den Massnahmeplan 2007 bis 2014, Bildung für Nachhaltige Entwicklung, als Beitrag für die UNO-Dekade 2005 bis 2014; 2014, wir haben heute 2020. Bildung für Nachhaltige Entwicklung ist heute in den sprachregionalen Lehrplänen der Volksschule und in der Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen verankert. Bildung, Forschung und Innovation sind auch in der fünften bundesrätlichen Strategie «Nachhaltige Entwicklung 2016 bis 2019» als zentrales Handlungsfeld aufgeführt, Sie haben es gehört. Der Bund will die nachhaltige Entwicklung noch besser im schweizerischen Bildungssystem verankern und sie von der Volksschule auf sämtliche Bildungsbereiche ausweiten – hehre Ziele, schöne Worte. Was wird aber wirklich gesagt? Nach über zehn Jahren der Arbeit an der Bildung für Nachhaltige Entwicklung ist es höchste Zeit, einmal genauer hinzuschauen und festzustellen, was wirklich getan wird und was dabei auch herauschaut. Das Postulat nimmt ein wichtiges Anliegen auf, welches die SP vollumfänglich unterstützt. Wir danken allen, die das Gleiche tun.

Arianne Moser (FDP, Bonstetten): Vieles haben wir schon gehört, ich möchte einen Teil ergänzen und konkretisieren: Im Lehrplan 21 sind Nachhaltigkeit und nachhaltigkeitsrelevante Kompetenzen bereits integriert, vom Kindergarten bis zur Sekundarschule, an verschiedensten Orten, aus verschiedensten Perspektiven. Unter anderem enthält der Lehrplan 21 folgende Zielsetzungen:

Im Bereich «Natur, Mensch, Gesellschaft»: Die Schülerinnen und Schüler können Einflüsse des Menschen auf die Natur einschätzen und über eine nachhaltige Entwicklung nachdenken. Die Schülerinnen und Schüler können Mitverantwortung für Gesundheit und Wohlbefinden übernehmen und können sich vor Gefahren schützen. Im Bereich «Räume, Zeiten, Gesellschaften», Punkt 4: Die Schülerinnen und Schüler können Mobilität und Transport untersuchen. Im Bereich «Religionen, Kulturen, Ethik»: Die Schülerinnen und Schüler können philosophische Fragen stellen und über sie nachdenken. Sie können über Sinn und Nutzen gesellschaftlicher und individueller Werte und Normen nachdenken und Normen entsprechend aushandeln. Die Schülerinnen und Schüler können Regeln, Situationen und Handlungen hinterfragen, ethisch beurteilen und Standpunkte begründet vertreten. Sie können alltägliche Situationen und gesellschaftliche Konstellationen im Hinblick auf grundlegende Werte, wie Gerechtigkeit, Freiheit, Verantwortung und Menschenwürde, betrachten und diskutieren. Sie können an exemplarischen Beispielen nachvollziehen, wie sich Werte und Normen in ihrer Umgebung oder in der Gesellschaft wandeln.

Der Lehrplan 21 befasst sich also mit dem Klimaschutz und der Nachhaltigkeit explizit im Bereich «Natur, Mensch, Gesellschaft», und auch in weiteren Bereichen muss das thematisiert werden. Nachhaltigkeit und damit zusammenhängende Kompetenzen sollen nun auch in den Lehrplänen der Berufsschulen und Gymnasien mehr Gewicht erhalten, im Rahmen des Projektes «Gymnasium 2022». Für die Hochschulen und die Berufsbildung sind Nachhaltigkeitsaufträge

im Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz sowie im Berufsbildungsgesetz festgeschrieben. Es ist richtig und wichtig, dass die jungen Menschen politisch und konfessionell neutral mit den Themen «Klimaschutz» und «Nachhaltigkeit» – auch im weiteren Sinne übrigens – konfrontiert werden und sich bewusst mit diesen zentralen Themen auseinandersetzen und dass sie den Handlungsbedarf von uns als Gesellschaft zu diesen Themen ebenso erkennen wie ihren eigenen möglichen Beitrag dazu, den sie leisten können. Der Lehrplan 21 sieht dies auf verschiedene Arten vor. Er gilt auf Stufe Primar- und Sekundarschule seit einem respektive zwei Jahren. Und auf der Sekundarstufe II ist der Handlungsbedarf erkannt.

Es hat sich etwas verändert. Es ist konkret in den Lehrplan und in die Schulzimmer eingeflossen. Das braucht vielleicht noch ein paar Monate, bis sich das dann in der praktischen Arbeit niederschlägt, aber es ist im Tun und es hat stattgefunden. Deshalb erachten wir dieses Postulat als nicht nötig. Und zudem ist es unserer Ansicht nach weder Aufgabe dieses Kantonsrates noch überhaupt der Politik, Einfluss auf Lehrpläne zu nehmen; umso mehr nicht, wenn die Schule wichtige gesellschaftspolitische Themen von sich aus thematisiert. Deshalb wird die FDP dieses Postulat nicht unterstützen.

Franziska Barmettler (GLP, Zürich): Das Ziel ist seit dem Brundtland-Bericht aus dem Jahre 1987 klar: eine nachhaltige Entwicklung. Wir wollen als Weltgemeinschaft und auch hier in der Schweiz und hier in Zürich eine Entwicklung fördern, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können. Der Weg hin zu diesem Ziel ist weniger klar, er ist komplex. Ihn aktiv mitzugestalten, erfordert das gleichzeitige Einnehmen einer wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Perspektive. Es gilt zu verstehen, wie diese Dimensionen voneinander abhängen und sich gegenseitig beeinflussen. Der Punkt 4.7 der SDG (*Sustainable Development Goals*) sieht vor, dass bis 2030 alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben. Dies ist wichtig, weil wir diese Kompetenzen brauchen, wenn wir die grossen Herausforderungen unserer Zeit – Klimawandel, Migration, Epidemien, globaler Wandel – bewältigen wollen. Die gute Nachricht: Für das Erwerben dieser Kompetenzen braucht es kein neues Fach. Vielmehr sollen BNE-Kompetenzen fächerübergreifend verstanden und angegangen werden. Bei einem solchen Querschnittsthema den Überblick zu behalten, das ist aufwendig. Dies soll uns aber nicht davon abhalten, eine Bestandaufnahme zu machen. Dabei soll aber ein Alleingang des Kantons Zürich vermieden werden. Es gilt Synergien mit anderen Kantonen und der EDK (*Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren*) zu nutzen.

Die GLP regt den Regierungsrat an, nebst den im Postulat genannten Kriterien in seinem Bericht folgende drei Themenbereiche ebenfalls näher zu erläutern: Erstens soll darauf eingegangen werden, inwiefern BNE in der Praxis als fächerübergreifendes Thema verstanden und gelebt wird. Zweitens soll erläutert werden, wie Synergien mit den anderen Querschnittsthemen, namentlich der Digitalisierung,

genutzt werden. Die Entwicklung zu digitalem, selbstverantwortlichen und kompetenzorientierten Lernen bietet gerade für die BNE-Themen neue Möglichkeiten für motivierende und multimediale Lernerlebnisse. Hier geht etwa das Projekt «Future perfect» von Eartheffect vielversprechende Wege. Schliesslich interessiert es uns, wie insbesondere die Berufsschulen bei der Entwicklung von neuen Lernformen und -inhalten vom Kanton unterstützt werden.

Wir überweisen dieses Postulat.

Kathrin Wydler (CVP, Wallisellen): Die CVP unterstützt dieses Postulat. Zwar sind wir überzeugt, dass schon heute viel zum Thema «Nachhaltige Entwicklung», wozu neben Umweltthemen auch viele weitere Themen, zum Beispiel wirtschaftliche Ungleichheiten oder Gesundheit gehören, in der Schule gemacht wird. Da es aber ein so wichtiges Thema ist, macht es Sinn, erneut eine Auslegeordnung zu machen, auch in Anbetracht dessen, dass nachhaltige Entwicklung kein eigenständiges Fach, sondern eine inhaltliche Ausrichtung für alle Fächer ist. Ziel soll es sein, bei den Kindern schon in einem frühen Stadium massgebend ein Verständnis für den Umgang mit ökologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen zu schaffen. Wichtig erscheint aber auch, dass die Verhältnismässigkeit eingehalten werden kann, wie zum Beispiel mit ausgewogenen Lehrmitteln, sodass sich die Schülerinnen und Schüler einen breiten Blickwinkel aneignen können, denn auch im Bereich «Nachhaltige Entwicklung» braucht es eine kritische Hinterfragung.

Regierungspräsidentin Silvia Steiner: Es wurde hier bereits dargelegt, die Bildung für Nachhaltige Entwicklung ist im Bildungswesen des Kantons Zürich verankert. Der Zürcher Lehrplan 21 sieht für die Volksschule folgende Kompetenz vor: Die Schülerinnen und Schüler setzen sich mit der Komplexität der Welt und deren ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen auseinander. Sie erfassen und verstehen Vernetzungen und Zusammenhänge und werden befähigt, sich an der nachhaltigen Gestaltung der Zukunft zu beteiligen. Im Bereich der Sekundarstufe II sind Inhalte der BNE in den übergeordneten Vorgaben festgelegt, wie mit dem Reglement der EDK über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen. Und dort steht konkret: Maturandinnen und Maturanden finden sich in Ihrer natürlichen, technischen, gesellschaftlichen und kulturellen Umwelt zurecht. Sie sind bereit, Verantwortung gegenüber sich selbst, den Mitmenschen, der Gesellschaft und der Natur wahrzunehmen. Dasselbe steht dann in der Verordnung des Staatssekretariates für Bildung, Forschung und Innovation über die Mindestvorschrift für die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung. Dort steht, dass die Förderung von wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Kenntnissen und Fähigkeiten zu fördern sind, welche die Lernenden dazu befähigen, zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Die gesetzlichen Grundlagen sind also vorhanden. Wir erstatten Ihnen gerne Bericht, wie das im Konkreten aussieht. Bis der Bericht vorliegt, brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen, BNE ist ein Thema in den Schulen im Kanton Zürich.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 95 : 72 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 229/2018 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.